

Resolution der Ortsgemeinde Kobern-Gondorf zum Kommunalen Finanzausgleich

Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz hat das gegen sie gerichtete Urteil des Verwaltungsgerichtshofes zur besseren Mindestausstattung der Kommunen im Land zum zweiten Male in keinster Weise umgesetzt. Im Gegenteil. Die Landesregierung von Ministerpräsidentin Malu Dreyer zwingt die Kommunen, das Geld durch massive Steuererhöhungen der Grund- und Gewerbesteuer von den Bürgern zu erheben und umgeht damit das ergangene Urteil. Die deutliche Mehrbelastung erfolgt zunächst ohne jegliche Unterschiede durch die pauschale Anhebung der Nivellierungssätze.

Gleichzeitig fordert das Land, dass keine unausgeglichene Haushalte mehr genehmigt werden. Dies hat zur Folge, dass die Kommunen, die dies mit den erhöhten Nivellierungssätzen nicht erreichen, die Bürger weiter zur Kasse bitten müssen.

Das Land ignoriert, dass viele Bürger bei den schon bestehenden enormen Belastungen, dies nicht mehr bezahlen können. Notverkäufe von Häusern, die mit viel Fleiß und Sparsamkeit für die Altersversorgung angeschafft wurden, sind nicht ausgeschlossen. Sie ignoriert, dass die kommunale Selbstverwaltung irreparabel geschädigt wird.

Nicht ausgeglichene Haushalte führen dazu, dass die betroffenen Kommunen deutlich weniger Investitionen vornehmen können, keine Kredite für Investitionen aufnehmen oder freiwillige Zuwendungen zur Förderung der Gemeinschaft leisten dürfen.

Das Land macht auch keine Unterschiede zwischen Kommunen, die bisher ausgeglichene Haushalte hatten und zwischen Kommunen, die bereits langfristig verschuldet waren. Kommunen wie Kobern-Gondorf, die bisher solide mit den Steuergeldern der Bürger umgegangen sind, werden bestraft. Für Kobern-Gondorf bedeutet dies, dass das Land rund 340.000 Euro weniger Zuwendungen an die Gemeinde zahlt.

Die Landesregierung greift mit dieser ungeheuerlichen und verantwortungslosen Verfahrensweise in die gesetzlich garantierte kommunale Selbstverwaltung ein. Es erscheint unwahrscheinlich, ob dies mit der Verfassung im Einklang steht.

Wir fordern die Landesregierung und die Fraktionen im Landtag auf, das Urteil des Verwaltungsgerichtshofes aus Mitteln des Landeshaushaltes umzusetzen, für eine bürgerfreundliche Änderung des kommunalen Finanzausgleichsgesetzes durch Absenkung der Nivellierungssätze zu sorgen und auch dafür zu sorgen, dass den Kommunen, die mit dem Geld der Bürger bisher solide umgegangen sind, keine Zuwendungen gekürzt werden.

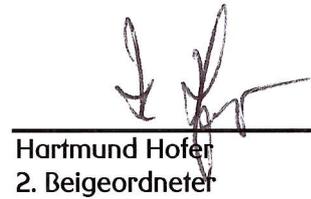
Wir bitten und erwarten von der Landesregierung und den Fraktionen eine Rückmeldung, ob sie bereit sind, sich im Sinne der Kommunen und der Bürger im vorbeschriebenen Sinne einzusetzen. Über die Rückantworten werden wir die Bevölkerung informieren.



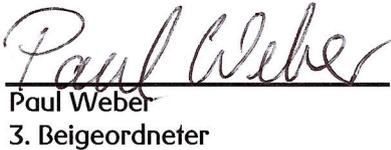
Michael Dötsch
Ortsbürgermeister



Jörg Johann
1. Beigeordner



Hartmund Hofer
2. Beigeordner



Paul Weber
3. Beigeordner



Hans Ramscheid
Fraktionsvorsitzender



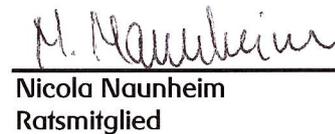
Alexandra Dötsch
Ratsmitglied



Martin Dötsch
Ratsmitglied



Monika Mattern
Ratsmitglied



Nicola Nauenheim
Ratsmitglied



Wolfgang Nauenheim
Ratsmitglied



Matthias Reif
Ratsmitglied



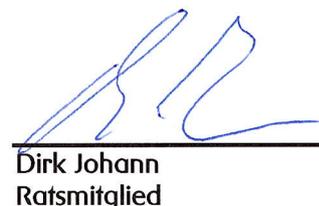
Uwe Riehl
Ratsmitglied



Maternus Dötsch
Fraktionsvorsitzender



Daniel Hasenteufel
Ratsmitglied



Dirk Johann
Ratsmitglied



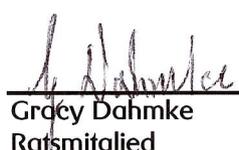
Sebastian Schwunn
Ratsmitglied



Karlheinz Pisono
Ratsmitglied



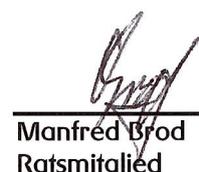
Klaus Frevel
Fraktionsvorsitzender



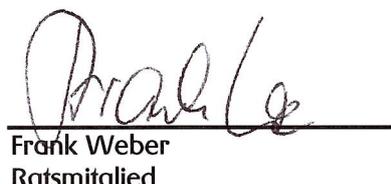
Gracy Dahmke
Ratsmitglied



Hermann-Josef Baecker
Fraktionsvorsitzender



Manfred Brod
Ratsmitglied



Frank Weber
Ratsmitglied